

presse

Bundesregierung verabschiedet sich von dem Modell, die Freiwilligkeit zu stärken

Zur Absicht der Bundesregierung, die Bezüge für Kurzzeitdiener bei der Bundeswehr und für den Bundesfreiwilligendienst zu versteuern, erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rainer Arnold:

Rainer Arnold hat die Besteuerung für den Bundesfreiwilligendienst und für Kurzzeitdiener bei der Bundeswehr kritisiert. Dies führt zu einem Akzeptanzverlust der freiwilligen Dienste. Die Bundesregierung müsse vielmehr ein Konzept vorlegen wie man die Freiwilligkeit materiell und ideell stärken kann.

Nun zeigt sich, dass es der Bundesregierung nie Ernst war, die Kultur der Freiwilligkeit in unserem Land zu stärken. Die Besteuerung damit zu begründen, es handle sich um eine übliche Berufstätigkeit, die der regelmäßigen Besteuerung unterliege, ist falsch und nicht nachvollziehbar. So können die Dienste nicht attraktiv gemacht werden. Die Bewerbungszahlen werden deutlich zurückgehen.

Dieser Irrweg muss schnellstens verlassen werden. Ansonsten verlieren die Freiwilligendienste dramatisch an Akzeptanz. Zukünftig sind wir aber darauf angewiesen, dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger für unser Land freiwillig engagieren.

Es muss umgehend ein Konzept auf den Tisch, dass die Freiwilligendienste harmonisiert und attraktiv gestaltet. Hierzu zählt auch eine vergleichbare Bezahlung. Die Freiwilligkeit ideell und materiell zu stärken, darf nicht an parteipolitischen Interessen scheitern. Die Bundesregierung muss endlich Länder, Städte und Gemeinden sowie die Wirtschaft mit einbeziehen. Es ist breite gesellschaftliche Akzeptanz gefragt. Wir Sozialdemokraten sind bereit, an einem solchen Konzept mitzuwirken.

